

Knut Korschewsky

Rede auf der 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei

DIE LINKE Thüringen

am 28. November 2009 in der Wisentahalle Schleiz

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
sehr verehrte Gäste unseres heutigen Parteitages,

ein ereignisreiches Jahr, ja man kann und muss glaube ich sagen, 2 ereignisreiche Jahre liegen seit der Bildung unserer Partei DIE LINKE hinter uns. Zahlreiche Wahlkämpfe haben wir erfolgreich und mit großem Engagement geführt.

Insgesamt gesehen haben wir – ich klammere hier einmal bewusst das Kommunalwahlergebnis aus, über das wir weiter nachdenken müssen – alle unsere Ziele erfüllt und gezeigt, dass wir Vertrauen bei vielen Menschen hier in Thüringen gewinnen konnten.

Es ist in den letzten 2 Jahren gelungen, die Linkspartei als wirkliche gesamtdeutsche Partei zu etablieren. Mittlerweile in 11 Landesparlamenten und gerade in den westdeutschen Landesverbänden ein immenser Mitgliederzuwachs ist Beleg dafür, dass unsere Partei parlamentarisch und außerparlamentarisch auf dem Weg ist, in Gesamtdeutschland zu einer wirklichen Volkspartei zu werden.

Davon zeugen auch die Mitgliederzuwächse in den ostdeutschen Landesverbänden. In Thüringen sind das in diesem Jahr bereits mehr als 250.

Diese Entwicklung unserer Partei war nur durch das aktive Wirken von Euch allen in den Basisorganisationen, in den Vorständen, in Vereinen und Verbänden und vor allem mit den vielen Diskussionen auf der Straße mit Bürgerinnen und Bürgern möglich. Die Verankerung in der außerparlamentarischen Bewegung wie den Sozialforen, dem Arbeitslosenparlament oder den unterschiedlichsten runden Tischen, diese Verankerung, die durch Euch realisiert wird, ist ein Garant des Erfolges. Dafür möchte ich mich bei Euch allen, die heute hier sind aber auch allen Mitgliedern und Sympathisanten in den Gebietsverbänden unserer Partei herzlich bedanken. Gebt diesen Dank bitte auch in Euren Verbänden weiter.

Ohne Euer kräftiges Zutun, teilweise bis an die Grenzen des körperlich Leistbaren, wären wir noch lange nicht da, wo wir heute stehen. Jetzt gilt es aber, hier nicht stehen zu bleiben, sondern die richtigen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Unsere Erfolge der letzten Jahre sind mit Sicherheit auch mit einer Person verbunden, die viel dazu beigetragen hat, die neue Partei, unsere Partei in den westlichen Bundesländern fest zu verankern. Diese Person ist einer unserer Vorsitzenden, ist **Oskar Lafontaine**, dem wir von unserem heutigen Parteitag die herzlichsten Grüße und Genesungswünsche übermitteln. Lieber Oskar, ich hoffe, dass Du schnell wieder gesund wirst und unsere Partei als Vorsitzender auch durch die Wogen der nächsten Jahre lenkst.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich will – auch wenn dazu schon viel gesagt und geschrieben wurde - doch ein paar Worte zur Landtagswahl vom 30. August sagen.

Vorab muss man allgemein anmerken: Die Thüringerinnen und Thüringer haben die politischen Diskussionen vor der Landtagswahl und den Wahlkampf aktiv verfolgt und gaben dann ganz bewusst bestimmten Kandidaten und Parteien ihre Stimme. Das beweisen vor allem die Ergebnisse, die von denen bei der Europa- und Kommunalwahl deutlich abweichen. Die Zukunft des Landes Thüringen und wer die Geschicke des Landes lenken soll ist also bei den Menschen Motiv zum Wählen gewesen. Und es ging dabei auch um die generelle Entscheidung: Weiter mit der schwarzen Traurigkeit oder hin zu einem Politikwechsel mit mehr Gerechtigkeit.

Wir können heute mit großem Selbstbewusstsein sagen, dass wir mit unserem Ergebnis die Möglichkeit eines Politikwechsels in Thüringen eröffnet und damit auch zum Fall von Dieter Althaus beigetragen haben.

Doch der Wechsel und damit auch der Politikwechsel fällt – wie Ihr alle wisst - aus, dazu komme ich nachher noch.

Unsere Partei erzielte das bisher beste Wahlergebnis seit ihrem Bestehen überhaupt und legte sogar bei den absoluten Wählerstimmen ca. 25.000 Stimmen gegenüber dem Jahr 2004 zu. Zudem wurde insgesamt erheblich bei den Direktmandaten zugelegt, von 5 Direktmandaten im Jahre 2004 auf 14 Direktmandate! Erfreulich dabei: Die Mandate wurden nicht nur auf alle großen Städte Thüringens (Erfurt, Gera, Suhl, Jena, Weimar, Eisenach), sondern erstmals auch auf Flächenwahlkreise wie Schmalkalden/Meinigen oder den Ilmkreis Direktmandate erringen konnten. Sogar in Erfurt konnten durch intensive Arbeit nach den Einbrüchen zur Kommunalwahl alle 4 Wahlkreise gewonnen werden.

Die unverkennbare Abstrafung des ehemaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus und der CDU hat eine ganze Reihe von Ursachen. Man wird aber ziemlich eindeutig behaupten können: Die zwei wesentlichsten Ursachen sind erstens die Summe der schlechten Politik der CDU und zweitens das gute politische Angebot der Linken.

Wer vor allem die vergangene Legislatur rückblickend kapituliert, dem fällt eine ganze Reihe von Punkten ein, wo die CDU nur noch Politik gegen die Bürger und für das eigene Parteibuch gemacht hat.

Sei es die Streichung des Blindengeldes, die Schulbuchpauschale, Streichungen im Kulturbereich, die Ablehnung und Bekämpfung von Bürgerinitiativen z.B. für Mehr

Demokratie, für eine bessere Familienpolitik, gegen die 380-KV-Leitung oder gegen die Werra-Versalzung. Alle diese Vorhaben riefen den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger hervor. Zudem wurde mehrfach die Regierung erst durch Gerichte gestoppt (Lehrerbesoldung, Kommunalfinzenzen, Abwasser etc.). Andererseits ließ es die CDU nicht an parteipolitisch dominierten Posten- und Stellenbesetzungen fehlen. Die Arroganz der Macht einer Partei, die sich nur um sich selber kümmert, hat wesentlich zu ihrem Absturz beigetragen.

Noch gravierender wiegt vermutlich, dass die CDU nicht vermitteln konnte, wohin sie dieses Land führen will. Die Beschwörung auf das „tolle“ Thüringen stolz zu sein, war kein Angebot und zeugte von Realitätsferne. Und dass die Krise auch in Thüringen nicht nur angekommen ist sondern durchschlägt, belegen die Diskussionen um den Opel- Standort in Eisenach oder die Schließung des Druckzentrums in Suhl.

In der Not von schlechten Umfragewerten griff die CDU sogar zu Propaganda, Lügen und Rassismus wie die Junge Union mit der Bratwurstkampagne deutlich machte, verdeckte Wahlwerbung (tollesthüringen.de) und zu rechtswidrigen Methoden. Lottomittel wurden entgegen dem Lottomittelvergabegesetz durch CDU-Abgeordnete in der Hoffnung auf Wählerstimmen großzügig und werbewirksam verteilt. Die Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen verstieß gegen ihren Amtseid (parteiunabhängige Amtsführung), den sie im Landtag geschworen hatte, indem sie offen zur Wahl von Dieter Althaus aufrief. All diese Aktionen eines schmutzigen Wahlkampfes der CDU waren aber zu durchsichtig. Die Ergebnisse der Wahlen vom 30 August widerlegen eindrucksvoll das Bild des „dummen“ Wählers.

Zudem wurden uns Kompetenzen durch die Wähler in den Bereichen Wirtschaft und Bildung immer deutlicher zugesprochen. Das Angebot von Linkspartei aber auch SPD und Grünen, welches in wichtigen Punkten fast deckungsgleich ist z. B. für längeres gemeinsames Lernen, für eine Energiewende, für eine andere Wirtschaftspolitik, für mehr Demokratie etc. sprach offensichtlich den Wähler an und ermunterte die CDU abzuwählen.

Das bedeutet: Auch im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise trauen die Wählerinnen und Wähler uns einen Politikwechsel zu. Ja, sie haben uns mit Ihrer Stimme das Mandat für eine andere Politik gegeben.

Aus diesem Blickwinkel heraus erklärt sich auch das Abschneiden der FDP. Es gibt in Deutschland und eben auch in Thüringen einen gewissen Prozentsatz an Personen, die es in den ungehemmten neoliberalen Zeiten zu ordentlichen Gewinnen (oft auf Kosten anderer) brachten und bringen und damit gut leben.

Eine Korrektur dieser Politik ist jenem Personenkreis ein Dorn im Auge. Die Grünen wiederum profitieren davon, dass das Thema Umwelt und Energie etc. außer von den LINKEN von keiner anderen Partei vorangetrieben wurde. Den Freien Wählern wiederum bleibt die lokale Rolle, da sie es nicht vermochten, sich auf gemeinsame Ziele oder Leitsätze für die Entwicklung im Land zu verständigen. Auch diese Fakten sind eine Bestätigung, dass die Thüringerinnen und Thüringer genau wussten, wen sie wählen.

Insgesamt und über den „Thüringer Tellerand“ hinausgeblickt und mehrere Wahlen einschließlich der Bundestagswahl resümierend lassen sich auch deutschlandweite Trends ablesen. Es wird deutlich, dass sich die Zeit der absoluten Mehrheiten für eine Partei dem Ende neigt. Eine größere parteiliche Vielfalt in den Parlamenten wird zur Normalität. Deutlich ist aber auch, DIE LINKE hat die Chance zu einer gesamtdeutschen Volkspartei zu werden. Daran gilt es, weiter zu arbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun möchte ich noch einige Worte zur SPD sagen. Was unsere Vertreter in den Sondierungsrunden dort erlebten, war schon eine der SPD-typischen Verhaltensweisen. Das Motto lautete: Inhalte zählen nichts, die Hauptsache es kommen Ministerposten heraus.

Ich möchte daran erinnern, das ein Christoph Matschie vor der Wahl verkündete, er will stärkste Kraft in Thüringen werden, was der SPD ja bekanntlich nicht gelungen ist. Im Grunde meinte Matschie damit, er wolle nur dann gemeinsam mit der LINKEN den Politikwechsel für Thüringen, wenn seine Partei stärker würde als DIE LINKE. Und er meinte, er koaliere mit der Union, wenn DIE LINKE stärker würde als die SPD.

So ist es gekommen und die meisten Inhalte, für die das mögliche Linksbündnis stand, blieben auf der Strecke, wie der Koalitionsvertrag beweist. Die SPD hat damit glatten Wählerbetrug begangen. Und ich persönlich glaube, dass Christoph Matschie von Beginn der Sondierungsgespräche an nichts anderes wollte!

Ich gebe selbstkritisch zu, nach dem 30. August einer Illusion nach gejagt zu sein, dass die SPD es ernst gemeint hätte mit einem möglichen Bündnis mit der LINKEN.

Und um das irgendwie den eigenen Parteimitgliedern unterzujubeln wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Was wird da alles erfunden, wie sich angeblich Bodo Ramelow und die LINKEN verhalten hätten.

Nur am Rande möchte ich auch bemerken, dass auch die Grünen ebenso wie wir veralbert wurden. Und es spricht Bände, dass die vier Verhandlungsführer der SPD alle mit einem Ministersessel aus den Gesprächen herauskamen.

Am Schlimmsten aber ist aus meiner Sicht, dass nicht wir, sondern die Menschen in Thüringen veralbert wurden. Viele Menschen stellen sich heute die Frage, welchen Sinn es überhaupt noch macht, zur Wahl zu gehen. Die Menschen, die auf einen politischen Wechsel hofften oder sich für ein linkes Bündnis stark machten, wurden enttäuscht. Die Verantwortung für eine möglicherweise weiter sinkende Wahlbeteiligung in Thüringen hat sich ganz klar die SPD zu zuschreiben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Opferung eigener Inhalte ist das eigentliche Problem, was die Sozialdemokraten haben. Dort liegen die Ursachen für ihren drastischen und anhaltenden Niedergang in der Bundesrepublik. Daran ändern auch die auf dem jüngsten Bundesparteitag vorgenommenen kosmetischen Korrekturen nichts.

Die SPD wird nur dann wieder glaubwürdig werden, wenn sie von einer Funktionärsoligarchie, wo nicht Inhalte das politische Handeln bestimmen sondern die Sehnsucht nach komfortablen Minister- und Staatssekretärsesseln zu einer Partei zurückkehrt, wo sozialdemokratische Werte des Parteiprogramms über eine Koalition entscheiden und nicht, wer die meisten Privilegien verspricht.

Die SPD wird aus dem politischen Schachmatt, in das sie sich hineinmanövriert hat, so lange nicht herauskommen, so lange sie sich die Option einer Mehrheit links von der Mitte weiterhin selbst verbaut.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist nun unsere Pflicht, den Blick nach vorn zu richten. Da es durch den Verrat der

Sozialdemokraten an den eigenen politischen Inhalten der SPD nicht zu einem linken Regierungsbündnis in Thüringen gekommen ist, heißt das noch lange nicht, dass unsere Inhalte und politischen Konzepte falsch waren. Das Gegenteil ist richtig!

Die Wählerinnen und Wähler erwarten von uns das Engagement für die im Wahlprogramm formulierten Ziele. Es gilt das deutliche Wählervotum, den Vertrauensvorschuss, auch in der Opposition nicht zu enttäuschen und Politik für eine linke Alternative zu machen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass man auch aus der Opposition heraus gestaltend wirken kann. Denken wir nur an die Fragen von Mindestlöhnen, Rente mit 67 oder Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Ohne unsere Bundestagsfraktion würden diese Themen heute nicht auf der Tagesordnung stehen. Im Übrigen haben genau diese Themen dazu beigetragen, dass auch zu den Bundestagswahlen Ergebnisse erzielt werden konnten, von denen vorher sicherlich kaum jemand zu träumen gewagt hätte. Ich denke da nur an die zwei Thüringer Direktmandate, die Ralph Lenkert und Jens Petermann gewonnen haben. Auch Ihnen dazu noch einmal ein herzlicher Glückwunsch!

DIE LINKE wird ihren Slogan „Original sozial“ auch zukünftig mit Leben füllen und sowohl im Landtag als auch im Bundestag einen klaren Oppositionskurs führen. Das geht natürlich nicht alleine. Wir wollen weiterhin eng mit Sozialverbänden, mit den Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, außerparlamentarischen Gruppen und sozialen Bewegungen zusammenarbeiten. Denn nur gemeinsam mit den Menschen können wir die Zumutungen der großen Koalition in Berlin und der kleinen Koalition der Verlierer in Thüringen zurückweisen und die Interessen der Menschen deutlich machen! Mindestlohn, Abschaffung von Hartz-IV, freier Zugang zu Bildung, raus aus Afghanistan und das Engagement für mehr Demokratie und gegen Nazis – das sind die Themen, die DIE LINKE im Parlament und die sozialen Bewegungen außerhalb des Parlaments einen. Wir bleiben sozial auch nach der Wahl!

Für Thüringen bedeutet das, insbesondere die SPD regelmäßig mit ihren Wahlversprechen zu konfrontieren und stets daran zu erinnern, dass mit dem Kurs der SPD das System der Althaus-CDU in anderer Form und mit anderen Köpfen weiter besteht. Erste Anträge unserer Landtagsfraktion in der vergangenen Woche im Thüringer Landtag und der Umgang mit diesen Anträgen im Parlament bestätigen die Richtigkeit dieser These. Ihr Versprechen, Studiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge in Thüringen abzuschaffen, hätte die SPD durch Zustimmung zu unseren zwei Anträgen in der letzten Landtagssitzung sofort haben können! Mit großen Versprechen stellte sich Matschie erst vor die demonstrierenden Studenten und Schüler am Landtag und stimmte dann den entsprechenden Anträgen nicht zu. So sieht die Politik der SPD aus, das ist, was die Menschen in den nächsten Jahren in Thüringen bekommen werden. Links blinken und rechts abbiegen!

Doch wir müssen noch weiter gehen und über den Tellerrand hinausschauen. Denn gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die grundlegende Frage nach Alternativen zum Kapitalismus zum Thema gemacht. Auch wenn die Wählerinnen und Wähler im Bund noch der CDU/CSU und der FDP die Mehrheit brachten, beginnen immer mehr Menschen an den Verhältnisse zu zweifeln. Erst vor kurzem hat eine Studie des britischen Fernsehens gezeigt, dass die Menschen kein Vertrauen in die heutige Wirtschaftsordnung haben, dass der Kapitalismus ein Minderheitenprojekt ist. Nur elf Prozent der Befragten in 27 Ländern sind demnach der

Meinung, dass der Kapitalismus so funktioniert, wie er ist. Die Hälfte der Menschen wollen dagegen mehr Regulierung und Reformen und 23 Prozent der Menschen denken, der Kapitalismus sei grundfalsch.

Und die Menschen beginnen, sich Fragen zu stellen, Fragen, die auch wir immer wieder aufgeworfen haben und weiter aufwerfen müssen.

Es handelt sich vor allem auch um Fragen, die im 20. Jahr nach der glücklicherweise friedlichen vollzogenen Revolution im Osten immer mehr auf den Nägeln brennen.

Man muss schon beispielsweise fragen, weshalb hat das vom Westen jahrzehntelang erstrebte Absterben der Diktaturen von Politbürokratien nicht wie erhofft zu einem anhaltenden Aufblühen der Demokratie geführt?

Oder warum werden nun, wo die östliche Unfreiheit doch endgültig besiegt ist, die eigenen Freiheitsrechte so massiv eingeschränkt und abgebaut?

Oder weshalb hat der sang- und klanglose Abgang des hochgerüsteten Militärbündnisses Warschauer Pakt, welcher einst ja der Hauptfeind der NATO war, uns nicht eine traumhafte Friedensordnung beschert?

Jetzt, wo Marktwirtschaft und Demokratie eigentlich unter nie gekanntten Bedingungen unumschränkt herrschen könnten, schränken quer über den Erdball die Regierungen Freiheitsrechte ein, schädigen die Umwelt, brechen soziale und kulturelle Standards.

Und die mangelnde Verknüpfung von Eigentum und Demokratie scheint sich seitenverkehrt zu wiederholen. Die Freiheit wird reduziert auf Marktfreiheit, die Demokratie wird verramscht und die Rendite vergoldet.

Wie schrieb die Schriftstellerin Daniela Dahn in ihrem zornigen Buch „Wehe dem Sieger“: „Ist er ungebändigt, entlässt der Kapitalismus die Demokratie.“

Es ist darum die zentrale Aufgabe von uns LINKEN, diese Entwicklung nicht nur zu thematisieren sondern auch dagegen vorzugehen und Alternativen aufzuzeigen.

Dies ist umso mehr notwendig, als sich auf Bundesebene nun eine schwarz-gelbe Regierung gebildet hat, deren ersten politischen Signale für die Menschen in diesem Lande nichts Gutes verheißen. Und auch in Thüringen haben sich Matschie und seine SPD für den Stillstand – wie sie übrigens selbst einmal plakatierten – entschieden. Eine grundlegende Richtungsänderung fällt somit aus. Allenfalls der Politikstil ist ein anderer, nach dem vor Hass tiefenden und auf Ausgrenzung setzenden Althaus steht nun eine Ministerpräsidentin, die dem Motto ihrer Amtszeit als Sozialministerin folgt: Schöne Reden halten, den Anschein der Aktivität erwecken, nichts konkretes umsetzen, um keinen weh zu tun und den anderen zu Tode umarmen. Wir werden und müssen diese neue Methodik auch darum entlarven, weil auch sie für ein weiter so, wie bisher steht.

Mit den jetzigen Regierungskonstellationen wird weiter der Schulterchluss mit der neoliberalen Bewegung geübt, deren Glauben an die heilsame Wirkung von Privatisierung, Deregulierung, Entstaatlichung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche in politische Entscheidungen umgesetzt wurde.

Das Muster ist oft dasselbe: Unser Vertrauen in Experten, in Wissenschaftler und in Medien wird missbraucht. Das fängt bei einfachen Dingen an: Eine nur kleine wirtschaftliche Belebung wird von den als unabhängig geltenden Professoren zum Aufschwung erklärt, und viele Menschen glauben das, obwohl selbige oder andere Experten eine Woche zuvor das Gegenteil verkündet haben.

Es wird behauptet, die Agenda 2010 sei ein Erfolg, der Generationenvertrag trage nicht mehr, Altersarmut sei unabwendbar, wenn man nicht privat vorsorge. Jetzt wird die Privatvorsorge sogar zur Pflicht gemacht, obwohl man jahrelang den eigenverantwortlichen Menschen gepriesen hat. Der angebliche Vorteil der Kapitaldeckung ist so in die Köpfe getrimmt worden, dass sogar die Zumutung möglich ist, die angebliche Eigenverantwortung gesetzlich zu verordnen.

Gespielt, gezockt und geplündert wird nicht nur im öffentlichen Bereich, geplündert wird zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmer und zu Lasten der Gemeinschaft auch im Bereich der privaten Unternehmen.

Viele glauben an die verbreitete Glaubenssätze und Parolen, weil fast alle dasselbe sagen und schreiben und senden: Es wurde immer wieder erzählt, die Finanzkrise komme aus Amerika und sei quasi vom Himmel gefallen. Es wird gesagt, wir müssten alle Banken retten, denn sie seien systemrelevant. Das ist das Meisterstück an Irreführung und das teuerste obendrein.

Viele glauben es, weil die Verantwortlichen die Fakten über die hausgemachte Spekulation, die unseriösen Bankgeschäfte und die Profiteure verschweigen. Auf der Basis dieser Meinungsmache haben wir einen Rettungsschirm von 480 Milliarden aufgespannt. Wir und unsere Kinder werden Hunderte von Milliarden zahlen müssen.

Angela Merkel hat uns damit getröstet, man habe nicht die Banken, sondern die Bürger retten wollen. Das haben viele geglaubt, weil sie dem Wort einer Bundeskanzlerin trauen.

Aber wir glauben das eben nicht und werden immer wieder auf diese Zusammenhänge hinweisen.

Wir müssen dazu den Widerstand gegen den drohenden weiteren sozialen Kahlschlag, gegen das „Weiter so“ auf dem Bankensektor, gegen die geplante Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, gegen die Rente ab 67, die Bahnprivatisierung, das unverantwortliche Treiben auf dem Gesundheitssektor oder gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene organisieren und weiter verstetigen.

Teilweise ist es jedoch auch eine paradoxe Welt, wenn wir als angebliche Verfassungsfeinde vehement das Grundgesetz gegen die zahlreichen Versuche der Einschränkungen der Grundrechte verteidigen und im Gegenzug die angeblich staatstragende Partei die CDU in ihrem Grundsatzprogramm verfassungswidrig den Einsatz der Bundeswehr im Innern fordert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns den Bürgerinnen und Bürgern erklären, was diese schwarz-rote Koalition in Thüringen bedeutet. Dazu nur vier Beispiele:

1. Das längere gemeinsame Lernen wird nicht umgesetzt, es bleibt alles so wie es ist. Am Gymnasium wird weiterhin ab der 4. Klasse getrennt und die Entscheidung für Gemeinschaftsschulen ist Etikettenschwindel, denn es gibt sie bereits (Integrierte Gesamtschulen) und neue werden lediglich auf freiwilliger Basis zugelassen.
2. Die zentrale Wahlkampfaussage der SPD, die Forderung nach Mindestlöhnen, fällt aus. Der Begriff taucht nicht einmal auf.

3. Zur Armutsbekämpfung in Thüringen heißt es lediglich „Neue Vorschläge werden ausgelotet.“ Ideen – Fehlanzeige!
4. Eine Funktional- und Verwaltungsreform wird vermutlich komplett ausfallen. Jetzt wird lediglich noch per Gutachten geprüft, ob es überhaupt notwendig sei.

Liebe Genossinnen und Genossen,

diesem Zustand setzten wir unsere eigenen Themen entgegen. Als wir in Arnstadt das Regierungsprogramm einstimmig verabschiedet haben, hatten wir selbstredend immer auch im Blick, dass die darin benannten Themen – egal in welcher Konstellation, Regierung oder Opposition, – für uns relevant bleiben. Dafür haben uns die Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen gegeben. Dem wollen und werden wir auch gerecht werden.

Zeit für Veränderungen heißt auch weiterhin: Mehr soziale Gerechtigkeit, Gleiche Bildungschancen und kulturelle Teilhabe für alle, Menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen und Männer, Energieoffensive und ökologische Ausrichtung der Wirtschaft sowie mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns unverändert diese Ziele in Angriff nehmen. Diese Ziele sind es, die Menschen dazu animiert hier in Thüringen zu leben und Familien zu gründen. Schon das ist ein Grund, dem nicht geglückten Politikwechsel in Thüringen nicht nach zu trauern, sondern lasst uns die Kampfansage machen: Auf ein Neues 2014 - Jetzt erst recht! Lasst uns auch die noch von unseren Zielen überzeugen, die in diesem Jahr das Kreuz noch nicht bei der LINKEN gemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

ich möchte aber an dieser Stelle auch auf ein weiteres Thema eingehen, was auch in unseren Thesen Niederschlag gefunden hat: Das Thema Vergangenheit, der Umgang mit Geschichte, mit unserer Geschichte.

Ich will zu diesem Thema nicht sehr viel referieren. Ihr habt Euch ja auch sicherlich ausführliche mit den Thesen befasst und könnt, ja Ihr sollt Euch sogar an den Passagen reiben.

Es handelt sich dabei ausdrücklich nicht um eine Beschlussvorlage, wo jedes Wort, jedes Komma abgewogen sein muss sondern die im Thesenpapier angesprochenen Themen sind ein Diskussionsangebot, welches durch vertiefende Angebote weiter geführt werden muss.

Ziel ist eine neue Diskussion zu provozieren, einen Denkanstoß zu geben und vielleicht einen neuen Abschnitt im Umgang auch mit der Geschichte einzuleiten. Im zwanzigsten Jahr nach der friedlichen Revolution hat es nicht an Versuchen gemangelt, die geschichtlichen Ereignisse von damals aus eigensüchtigen parteipolitischen oder auch kommerziellen Interessen für sich zu vereinnahmen.

Wenn heute wieder von allen möglichen Leuten von uns, von der LINKEN, irgendwelche Bekenntnisse zu Kampfbegriffen abverlangt werden, erinnert das paradoxerweise an den Dogmatismus in der DDR. Die Debatte, die z.B. von der „Südthüringer Zeitung“ zum Stichwort Unrechtsstaat losgetreten wurde, läuft getreu nach dem DDR-Motto: „Bis Du für den Frieden oder bist du nicht für den Frieden?“

Auf diesem Niveau muss jedoch Geschichtsaufarbeitung immer wieder scheitern. Und ich sage es hier unverblümt: Mit diesem Niveau muss sich eine „Südthüringer Zeitung“ auch nicht wundern, wenn Ostalgie und Verklärung der DDR-Geschichte anhält. Dieses Blatt beflügelt das doch. Sie stehen den Notwendigkeiten einer Geschichtsdebatte damit mehr im Wege als alle angeblich ewig Gestrigen.

Doch liebe Genossinnen und Genossen,

es geht mir nicht nur um die DDR-Geschichte sondern um die Betrachtung der Vergangenheit generell. Es geht – und das sollten wir selbstbewusst als gesamtdeutsche Partei auch formulieren – um einen Neuanfang. Wir wollen das die realen Geschehnisse der Historie im Mittelpunkt stehen, dass Rahmenbedingungen herrschen, die zu einer kritischen aber auch ausgewogenen und damit objektiven Vergangenheitsaufarbeitung führen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Worte des deutsch-französischen Historikers Alfred Grosser erinnern, der in seinem Buch „Die Ermordung der Menschheit“ sagte: „Man hüte sich davor, die Geschehnisse von gestern mit den Kriterien von heute zu erklären.“

Wir brauchen für die Gestaltung unserer Zukunft eine solche Form der Vergangenheitsaufarbeitung: Lasst uns diese Diskussion in die Partei und in die Gesellschaft tragen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wer sich im Lande umschaute spürt, dass trotz unserer Oppositionsrolle die Menschen großes Vertrauen in uns setzen, aber auch, dass die Erwartungshaltung an uns viel größer, ja außerordentlich groß geworden ist.

Enttäuschen wir die Bürgerinnen und Bürger nicht und beweisen wir weiterhin, dass wir eine glaubwürdige Partei sind! Und dass wir unseren Slogan „Original sozial“ nicht bloß vor uns hertragen sondern von uns auch gelebt wird! In einer Partei für den Alltag, und nicht nur für Wahltage.

Dieser Erwartung und Verantwortung sollten wir uns auch bewusst sein, wenn wir in den Parteistrukturen, in den Kommunalparlamenten, den Aufsichtsräten oder Ausschüssen – zugegebenermaßen manchmal auch harte - Auseinandersetzungen führen.

Wir sollten bei allen unterschiedlichen Meinungen uns aber immer wieder vor Augen halten, nur gemeinsam sind wir stark.

Zu unserer Partei gehörte und gehört die Akzeptanz und die Achtung von Minderheitenmeinungen immer dazu. Aber es muss auch umgekehrt seitens von Minderheiten die Größe aufgebracht werden, Mehrheitsmeinungen zu akzeptieren. Das gehört einfach zu einer Demokratie dazu. Unterm Strich müssen immer beide Seiten sich gegenseitig zuhören können und stets bereit sein, aufeinander zuzugehen.

Es liegt an beiden Seiten, vernünftig miteinander umzugehen und immer bei aller Kritik konstruktiv und teamorientiert miteinander zu arbeiten.

Die Wählerinnen und Wähler erwarten, dass wir uns nicht vorrangig mit uns selbst befassen sondern mit der Umsetzung des Wählerwillens. Und den können wir nur durchsetzen, wenn wir alle für das gleiche Ziel streiten. Ich wiederhole es darum nochmals, liebe Genossinnen und Genossen: „Nur gemeinsam sind wir stark!“

Ich appelliere an dieser Stelle an alle Gebietsverbände unserer Partei in Thüringen: Lasst uns derzeitige Meinungsunterschiede oder Anschauungen miteinander diskutieren ja auch streiten, aber dann den nachfolgenden Weg gemeinsam gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte noch ein paar Worte zu dem angeblich bestehenden Konflikt zwischen den älteren und den jüngeren Parteimitgliedern sagen. Zunächst einmal möchte ich festhalten: Für mich handelt es sich überhaupt nicht um einen Konflikt sondern manchmal einfach nur um unterschiedliche Sichtweisen. Doch das ist doch etwas völlig normales ja Selbstverständliches im Leben. Und ich betone es extra, wir brauchen sogar diese zwei Herangehensweisen, hier die Weisheit bzw. die Erfahrung des Alters und dort der Enthusiasmus bzw. das Ungestüme der Jugend.

Nicht die Unterschiedlichkeit sollte trennen, sondern das Ziel sollte sie vereinen. Das Ziel, gemeinsam etwas Sinnvolles zu schaffen. Etwas zu schaffen, das uns zeigt, wie viel schöpferische Kraft in uns steckt und wie viel eben doch von uns selbst abhängt.

Immer mehr stehen Leute füreinander ein, die erst ein gemeinsames Ziel zusammengebracht hat, und sie finden darin etwas von dem Halt, den jeder von uns braucht.

Wir sollten uns einmal ausmalen, was passierte, wenn Jung und Alt in Deutschland richtig entdecken, was sie gemeinsam alles möglich machen können? In den vergangenen 100 Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um 30 Jahre gestiegen. Die gewonnenen Jahre sind ein großes Geschenk. Aber ich glaube manchmal, wir gehen damit noch nicht achtsam genug um. Da werden immer noch Menschen aufs Altenteil geschoben, die viel können, die viel Erfahrung haben und auch noch viel Kraft haben.

Und so viele von ihnen möchten etwas weitergeben an die Jungen. Ich möchte, dass Älteren und Jüngere weiter eine Verbindung eingehen. Und ich bin sicher: Wo das gelingt, da kommt Gutes heraus. Und was wir zwischen den Generationen schon heute an Vertrauen und Hilfe haben, und was wir noch möglich machen können, das ist ein Schatz, der allen zugute kommt und den wirklich jeder mehr kann.

Die Gewinnung von Mitgliedern und aktive Einbeziehung der Neuen in unsere Arbeit muss in den nächsten Monaten und Jahren weiter intensiviert werden. Das ist richtig und gut so. Da ist es aber völlig egal, ob das Jüngere, Junge, Junggebliebene, Ältere oder ganz alte Menschen sind. In unserer Partei hat jedes Alter Platz und jedes Alter wird dringend gebraucht und bringt neue Ideen ein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt noch einen weiteren Grund, warum unser Zusammenhalt vonnöten ist. Nicht nur die parteipolitischen Gegner gieren danach, uns das Leben schwer zu machen. Es gibt diese Versuche auch seitens mancher Medien. Ich betone bewusst mancher und nicht aller Medien. Wer die Art der Berichterstattung betrachtet oder wer beobachtet, welchen Umgang mit Oskar, Gregor, Katja, Sarah, Bodo oder anderen LINKEN in Interviews oder Talkshows die Vertreter der Medien an den Tag legen, stellt unschwer fest, dass es sich um regelrechte Kampagnen handelt.

Die Hauptbotschaft, die überbracht werden soll, lautet immer gleich: In der Linken tobt ein unerbittlicher Richtungskampf. Im Westen herrschen die Radikalen und diese sind gerade dabei, im Verein mit einigen Spinnern im Osten die Macht zu übernehmen.

Und dann kommen die Ratschläge, die eigentlich keine sind: DIE LINKE müsse vernünftig werden, sie müsse ihren fundamentalistischen Flügel loswerden, sie müsse ihre angeblich populistischen Forderungen zurückschrauben, dann könne man ja mit ihr reden und politisch rechnen. Die eigentlichen Zugpferde unserer Partei werden zur Disposition gestellt. Das typische Spiel: Wenn die Linken ihre Führungspersonen loswerden, dann werde sich alles zum Besseren wenden. Das ist falsch, liebe Genossinnen und Genossen. Das sind die Botschaften, die den Menschen unabhängig von der Realität eingetrichtert werden.

Genauer betrachtet handelt es sich um den unverblühten dreisten Versuch der Einwirkung auf die innere Willensbildung und Entscheidungsfindung bei der Linken selbst.

Gegen diese Versuche müssen wir stark bleiben, müssen wir zusammenhalten. Doch zur Beruhigung: Noch sind wir aus jeder Roten-Socken-Kampagne gegen uns gestärkt hervorgegangen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

um eine grundlegende Veränderung zu erreichen, bedürfte es eines generellen Wandels. Und für diesen Wandel setzen wir uns langfristig ein, und das macht uns wohl auch gefährlich.

Es gibt erstens im Medienbereich zwei grundsätzliche Probleme, die eigentlich gesellschaftliche sind: Die Zugehörigkeit der privaten Medien zu großen Konzernen und die Abhängigkeit von Werbung einerseits und der zu starke Einfluss einiger Parteien und der Regierungen auf die öffentlich-rechtlichen Medien andererseits.

Um es ganz deutlich zu sagen: Im Grunde verhält es sich bei den Medien wie beispielsweise bei den Stromkonzernen oder bei der Deutschen Bahn AG. Es sind Bereiche, die aus unserer Sicht zu einer Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger gehören. Hier geht es um das Grundrecht auf Information, was in einer immer mehr auf Wissen basierenden Gesellschaft unabdingbar ist. Informationen, die nicht einseitig gefiltert und instrumentalisiert werden. Diese Medien gehören nicht nur in öffentliche Hand, sondern müssen auch nach Prinzipien wie Demokratie, Autonomie und Unabhängigkeit, Staatsferne organisiert werden und arbeiten.

Zweitens steht in diesem Zusammenhang auch das Thema Bildung. Über Jahrzehnte wurde der Antikommunismus als eine wichtige Klammer zum geistigen Zusammenhalt und als Beleg der Daseinsberechtigung im Westen den Menschen eingetrichtert. Der Versuch, mit dem Holzhammer dies den Ostdeutschen ebenfalls beizubringen ist aber gescheitert. Doch dieses mit der Muttermilch aufgesogene und anerzogene Feindbild lässt sich nicht von heute auf morgen aufweichen. Dazu bedarf es Bildung, Bildung, Bildung und einer eigenen, gut organisierten und professionellen Öffentlichkeitsarbeit!

Wir bleiben als Gegenstrategie bei unseren Stärken. Eine der wichtigsten ist und bleibt, dass die Bürgerinnen und Bürger das Original vor Ort kennen lernen können.

Dieses dauerhafte, kontinuierliche Engagement vor Ort hat uns Sympathien, Unterstützung und Wählerstimmen gebracht. Das ist aus unserer Sicht die beste Gegenstrategie, so lange die oben genannten grundlegenden Veränderungen nicht durchsetzbar sind. Das Engagement für die Menschen und ihrer Interessen ist und bleibt unser Credo.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich habe vorhin zu Fragen der Bildung, der Strategie und natürlich zur weiteren Entwicklung unserer Partei zu einer modernen sozialistischen Partei gesprochen. Das bedingt zwei Fragen:

1. die programmatisch strategische Entwicklung und zweitens die organisatorische Entwicklung zu einer modernen Partei. Zu beiden Fragen findet ihr ebenfalls Aussagen im Thesenpapier, so dass ich mich auch hier kurz fassen will.

Eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Monaten ist die intensive Diskussion zu unserem neuen Parteiprogramm, welches dann im Frühjahr 2011 auf einem Bundesparteitag beschlossen werden soll. Hier ist eine breite Einbeziehung aller Gliederungen der Partei, ja möglichst jeder Genossin und jedes Genossen notwendig. Die Programmdebatte muss also aus meiner Sicht gut organisiert werden. Ein Antrag auf unserem heutigen Parteitag beschäftigt sich ja auch mit dieser Problematik. Wählerinnen und Wähler warten darauf, dass unsere Partei klar und deutlich in einem Grundsatzprogramm benennt, wofür wir stehen. Und das kann aus meiner Sicht nur heißen, dass wir hier und heute in dieser Gesellschaft leben, für die Menschen pragmatische Politik machen und gleichzeitig die Vision eines demokratischen Sozialismus nicht aus den Augen verlieren.

Das heißt also auch, in Verantwortung Politik zu gestalten und gleichzeitig auf den unterschiedlichsten Ebenen in Opposition zu den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu stehen.

Alleine die Diskussion hierzu bedingt aus meiner Sicht ein völlig neues Herangehen an den politischen Diskurs, die politische Bildungsarbeit und unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Senden wir von unserem heutigen Parteitag die Botschaft an die gesamte Partei aber auch an den Parteivorstand, dass die Programmdiskussion möglichst sofort bis in alle Gliederungen organisiert werden muss und beauftragen unsere im Land schon gebildete Programmgruppe unter der Leitung von Dieter Hausold, in unserem Landesverband die notwendigen Schritte einzuleiten.

Aber auch der zweiten Seite der innerparteilichen Entwicklung müssen wir uns widmen. Das sind organisatorische Fragen. Von der Struktur unserer einzelnen Parteigliederungen angefangen bis hin zu technischen Möglichkeiten der Kommunikation. Da reicht es eben nicht mehr aus, nur neue Mitglieder hinzu zu gewinnen sondern für diese Mitgliedern, die in die Partei kommen um aktiv mit zu machen, muss es eben auch ganz konkrete Mitmachmöglichkeiten geben. Und daran mangelt es oftmals noch. Daran müssen wir arbeiten.

Oder auch die Frage der so genannten neuen Medien. Wenn es denn stimmt, und ich gehe davon aus, dass mittlerweile ca. 30 % der Wählerinnen und Wähler sich ihre politischen Informationen vor allem über das Internet, über Twitter, Facebook usw. holen, dann müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen, ohne das gute alte Flugblatt oder unsere kleinen Zeitungen zu vernachlässigen oder gar zu verdammen. Ich könnte an dieser Stelle sicher auch noch weiteres benennen, will es aber dabei bewenden lassen und freue mich auf viele Anregungen in der morgigen Diskussion.

Neben Mitgliedergewinnung und der Verbesserung unserer Kommunikation nach innen und außen müssen wir auch verstärkt die Spendenwerbung ins Auge fassen. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien werden von der Wirtschaft subventioniert. Wir können stolz

sagen: Wir nicht! Wir machen uns nicht abhängig. Das heißt aber auch: Wir müssen die Werbung von Kleinspenden, die Bitte um finanzielle Unterstützung von den Menschen in den Mittelpunkt stellen, um unsere Arbeit auszuweiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Lasst mich zum Schluss bitte noch einen Gedanken nennen, der mir sehr wichtig ist. Ich freue mich über jede Genossin und jeden Genossen, der in den letzten Jahren Mitglied unserer Partei geworden ist und aktiv mit arbeitet.

Ich möchte aber heute auch einmal all denen Dank sagen, die in den schweren Zeiten für unsere Partei nach 1989 auf die Bäume und Lichtmasten gekrabbelt sind und Plakate aufgehängt haben, in tausenden von Briefkästen Material verteilt und in noch mehr Gesprächen für unsere Partei geworben haben. Euch ist es zu verdanken, dass es unsere Partei heute überhaupt noch gibt, ihr habt wesentlich zur positiven Entwicklung unserer Partei beigetragen.

Dafür gebührt Euch unser aller tief empfundener Dank. Stellvertretend für ganz viele möchte ich heute Christa Steppat, unsere älteste Delegierte, die seit vielen Jahren dem Sprecherrat der Landessenioren AG vorsteht und Uschi Monsees, die unseren Landesverband in der Bundes AG vertritt herzlich danken.

Auf Euren Rat und eure Hilfe will ich, wollen wir alle auch in den nächsten Jahren nicht verzichten. Das heißt aber auch, mit denjenigen Genossinnen und Genossen in das Gespräch zu kommen, die aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr an Versammlungen teilnehmen können. Auch sie haben ein Recht darauf, sich an der Diskussion in der Partei angemessen beteiligen zu können. Und wir brauchen Ihre Erfahrung, ihren Rat.

Ich möchte die heutige Gelegenheit aber auch noch nutzen, um Dieter Hausold zu danken. Dieter ist zwar noch lange nicht so alt wie Christa. Er hat aber vorrangig in den Jahren ab 1998 als Landes- und Fraktionsvorsitzender viel dazu beigetragen, in zugegebener Maßen manchmal nicht immer vergnügungssteuerpflichtigen Diskussionen die Kreisverbände zusammen zu halten oder zu beraten und die bereits genannten Wahlergebnisse zu erzielen. Herzlichen Dank Dieter! Und da Du ja, nachdem Du kein Fraktionsvorsitzender mehr bist und noch nicht das Alter erreicht hast, Dich zur Ruhe zu setzen, doch wieder mehr Zeit hast, Dich in die Diskussionen einzubringen, bin ich mir sicher, dass die Leitung der Programmdebatte in Thüringen bei Dir in den besten Händen ist und auch Impulse in die Bundespartei senden wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, spannende Jahre mit vielen erfolgreichen Wahlen liegen hinter uns. Noch spannendere Jahre stehen vor uns. Jahre, in denen der Wahlkampf einmal nicht die inhaltliche Debatte beherrscht. Diese Möglichkeit sollten wir nutzen, unser Profil als sozialistische Partei in Deutschland weiter zu schärfen.

In kritischen aber konstruktiven solidarischen Diskussionen.
Im Diskurs von jugendlichem Aufbruch und gelebter Erfahrung.
In der parlamentarischen Debatte mit der außerparlamentarischen Bewegung.
Im Interesse der in Thüringen lebenden Menschen.

Dafür lasst uns gemeinsam streiten!